

Haushaltsrede 2011 CDU-Fraktion

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine.

Der Dichter Georg Rudolf Weckherlin hat über die Bedeutung des Geldes folgendes gesagt:
Zitat

„Das Leben ist ein Meer, der Fährmann ist das Geld.
Wer diesen Fährmann nicht besitzt, schiffet übel durch die Welt.“

Zitatende

Diese Erkenntnis stammt zwar aus dem 17. Jahrhundert, aber ich denke, sie hat auch heute noch ihre Gültigkeit und sicher auch für die monetäre Situation unserer Stadt. Denn es ist unstrittig, dass wir uns mit unserer Haushaltssituation in einem schweren Fahrwasser bewegen, deshalb im schweren Fahrwasser bewegen, weil das Geld, der besagte Fährmann, auf unserem Schiff fehlt.

Trotz aller Anstrengungen, die wir zu Ausgabenminimierungen unternommen haben, ist es uns bisher nicht gelungen, aus dieser bedrohlichen Lage in ruhigeres Fahrwasser zu kommen. Es zeichnet sich leider eher ab, dass uns noch stürmischere Zeiten bevorstehen. Und da nun mal alle Zeichen auf Sturm stehen, gibt es keine Alternativen zu weitergreifenden Ausgabenbeschränkungen, es sei denn, die Stadt Rheine findet sich mit der gesetzlichen Maßnahme einer Haushaltssicherung ab, die ja die Konsequenz wäre.

Dann würden allerdings erheblich gravierendere Entscheidungen und Maßnahmen als wir sie jetzt vor Augen haben, per Anweisung durch die Staatsaufsicht wirksam werden. Deshalb ist es besser, „freiwillig“ den Gürtel enger zu schnallen, bevor das Zwangspaket geschnürt wird. Leider stehen uns keine freien Mittel zur Verfügung, die auf Zukunft ausgerichtet gespart werden können. Unser Bestreben kann daher nur sein, die Höhe des jährlichen Defizits zu begrenzen und perspektivisch die Unterdeckung kontinuierlich zu senken

Jedermann weiß, dass wir nicht „ungestraft“ Jahr für Jahr mehr Geld ausgeben können und dürfen, als wir durch Einnahmen verfügbar haben. Ein Blick in den Haushaltsentwurf auf Seite 403 macht deutlich, welche fatalen Folgen ein so genanntes „über den Verhältnissen leben“ nach sich zieht:

Unser Eigenkapital betrug 2006 noch 348,4 Mio. EURO. Im Jahre 2010 war es bereits auf 294,5 Mio. EURO abgeschmolzen und wird nach mittelfristiger Finanzplanung im Jahr 2014 um weitere 50 Mio. Euro auf 248,8 Mio. gesunken sein.

Mit der Umstellung der kommunalen Buchhaltung von der Kameralistik auf NKF im Jahre 2006 werden auch diese Zahlen jährlich ausgewiesen und uns damit gezeigt, dass wir in der Tat seit Jahren über unseren Verhältnissen und damit von unserer Substanz leben. Ein überdeutliches Alarmsignal.

Bei den Haushaltsplan-Beratungen 2006 standen wir als CDU-Fraktion mit unseren Sparbemühungen und Vorschlägen noch weitestgehend allein auf weiter Flur. Unsere Sparbemühungen, auch bei städt. Personalkosten, trugen uns den Vorwurf durch die Bürgermeisterin und Rot-Grün ein, wir wollten mit dieser Aussage Argumente für die Entlassung städtischer Mitarbeiter liefern.

Viele kleine und große Schritte wurden jedoch seit dieser Zeit unternommen. Erfreulich auch, dass das mit einem großen politischen Konsens geschehen ist. Denn eines ist klar: Nur mit einem konstruktiven Zusammenwirken von Rat und Verwaltung, unter Mitnahme von vielen politischen und gesellschaftlichen Akteuren kann ein solcher Kraftakt gelingen.

Der von der Bürgermeisterin und dem Kämmerer eingebrachte Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 sah zu Beginn der Haushaltsplanberatungen bereits ein Defizit im Ergebnisplan von etwa 11,2 Mio. Euro voraus, obwohl darin schon Abführungen von der Stadtparkasse und den Stadtwerken in Höhe von 3 Mio. Euro einberechnet waren.

Und heute am Tag der Verabschiedung des Haushalts stehen wir bei der Besorgnis erregenden Summe von minus 14.268.000 Euro.

Dass diese Summe in der vorigen Woche im Schulausschuss Entsetzen ausgelöst und zu einer längeren Diskussion geführt hat, wurde dadurch ausgelöst, dass Herr Linke in der Sitzung sehr deutlich gemacht hat, dass dieses hohe Defizit nur ca. 135.000 EURO unterhalb des sogenannten Schwellenwertes liegt und damit die Zustimmung des CDU-Antrags zur Aufnahme von 150.000 EURO zwecks Ertüchtigung der Fürstenberg-Realschule keinesfalls verantwortet werden könne, in dem allseitigen Bestreben, die Haushaltssicherung zu vermeiden.

In einer Pressemeldung der MZ vom 09. April weisen Sie, Herr Lütkemeier, bezogen auf die Diskussion im Schulausschuss darauf hin, dass Sie aus Ihrer Sicht immer zeitnah über die schwierige Haushaltslage unterrichtet hätten und sprachen in dem Zusammenhang uns Politikern laut Presse ein „Wahrnehmungsproblem“ zu. Das mögen Sie so sehen.

Aber, bei einer Botschaft gibt es immer zwei Seiten: einen Sender und einen Empfänger.

Wenn nun in einer Informationsrunde wie am 08. 03. mit Ihnen und den Fraktionsspitzen, Ihre Mitteilung, die Hilfen unserer Töchter Sparkasse und Stadtwerke in diesem Jahr nicht zwingend zu benötigen, sondern erst in späteren Haushaltsjahren, der Empfängerkreis nicht auch erkannt hat, weil nicht explizit darauf hingewiesen wurde, dass die 3 Mio. EURO aus den Abführungen bereits in diesem Jahr auf der Habenseite verbucht waren und logischerweise durch eine Verschiebung sich das Defizit damit um diesen Betrag erhöht, darf man doch, so meine ich, berechtigterweise ebenso fragen, ob nicht auch ein „Übermittlungsproblem“ beim Sender der Botschaft gelegen hat.

Das mag jedoch ein Jeder für sich werten.

Aber, bei unserer Haushaltssituation könnte nun leicht der Eindruck entstehen, hier hätte die Politik im Rahmen der Beratungen in den Fachausschüssen kräftig zugeholfen. Dem ist aber nicht so. Die Gründe liegen in erster Linie woanders.

Die Erhöhung des veranschlagten Defizits für 2011 ist allgemein auf Rahmenbedingungen zurückzuführen, die außerhalb unserer Zuständigkeit und unseres Gestaltungsspielraums entstanden sind. Politisch sind in den Fachausschüssen nur relativ geringfügige Änderungsbeschlüsse erfolgt. Wir haben darauf geachtet, dass etwaige Mehrbelastungen für den Haushalt auch durch entsprechende Haushaltskompensationen weitestgehend ausgeglichen wurden.

Nach Einbringung des Haushaltsentwurfs sind aber gravierende Veränderungen eingetreten, die zu besonders deutlichen Mehrbelastungen für 2011 führen, auf die ich kurz eingehen möchte:

Bekanntlich beabsichtigt das Land NRW eine Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) schon für 2011. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün und mit Billigung der Linken

auf Landesebene wird vor allem der ländliche Raum, so auch das Münsterland, von dieser Neuordnung massiv negativ betroffen sein. Ich will hier nicht nochmals die dazu schon hier im Rat geführte öffentliche Diskussion wiederholen, auch wenn Rot-Grün in Rheine sehr lange zu den Vorgängen auf Landesebene geschwiegen hat. Am Ende hat es jedoch eine deutliche einvernehmliche Resolution an die Landesregierung gegeben, mit dem Ziel, die GFG-Regelungen auf eine andere Basis zu stellen.

Immer noch müssen wir davon ausgehen, dass diese von Rot-Grün auf Landesebene diskutierte Neuordnung uns allein für 2011 1,8 Mio. Euro kosten wird. In der Finanzplanung für 2012 könnten es dann sogar 4,7 Mio. Euro sein. Gegen derartige Beschlüsse haben wir vor Ort keine Möglichkeit der Kompensation.

Mehrbelastungen werden aber auch durch die Kreisumlage verursacht. Hier ist der Kämmerer mit dem Betrag von 28.903.000 Euro wohl von einem zu geringen Bemessungssatz ausgegangen. Nach der Entscheidung des Kreises musste der Ansatz um 323.000 Euro erhöht werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine andere Kreisentscheidung hinweisen und hier klar und deutlich unseren Unmut ausdrücken, nämlich darüber, dass der Kreis Steinfurt die finanziellen Entlastungen durch den Landschaftsverband nicht 1 zu 1 an die Gemeinden durch eine entsprechende Absenkung der Kreisumlage weitergibt. Für die Stadt Rheine wären das immerhin 380 TEURO gewesen, die wir wirklich gut gebrauchen könnten. Den Brief der Bürgermeisterin an den Landrat, in dem sie diese Haltung des Kreises sehr kritisch angemerkt hat, unterstützt die CDU ausdrücklich.

Große Sorgen bereiten uns die Finanzplanungen auf Landesebene. Der Nachtragshaushalt von Rot-Grün für 2010 ist vom Landesverfassungsgericht als „verfassungswidrig“ eingeordnet worden. Mit diesem Nachtragshaushalt wollte die rot-grüne Landesregierung die finanzielle Basis für die Finanzierung der vielen Wahlgeschenke schaffen. Beispielhaft seien genannt: Aufhebung der Studiengebühren, Freistellung der Elternkosten im letzten Kindergartenjahr, höhere Zuschüsse für finanzarme Städte im Ruhrgebiet.

Hannelore Kraft, die Ministerpräsidentin, sieht offensichtlich das Schuldenmachen als eine Investition in die Zukunft an. Für Jedermann ist durch die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes deutlich geworden, dass diese Wahlgeschenke auf Pump – also durch neue zusätzliche Verschuldungen – voll zu Lasten der zukünftigen Generationen gehen. Die Umsetzung der Wahlversprechen kann man oder muss man wohl aus Parteiensicht vertreten, nur müssen dann stattdessen an anderer Stelle im Landeshaushalt sogenannte Sparmaßnahmen umgesetzt werden.

Auch für 2011 droht dem Land ein vergleichbares Gerichtsverfahren. Der vorliegende Haushaltsentwurf liegt deutlich oberhalb der von der Landesverfassung gesetzten Norm. Der Druck zu finanziellen Einschränkungen wird also zunehmen. Deshalb wird auch bei den Finanzmitteln des Landes für die Kommunen wohl noch die „Stunde der Wahrheit“ kommen.

Kritische Anmerkungen sind auch seitens der Städte und Gemeinden gegenüber der Bundesregierung angesagt. Der Gesetzgeber hat über viele Jahre Gesetze und Verordnungen erlassen, deren Umsetzung den Kommunen übertragen wurde, ohne die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die sogenannten Sozialkosten der kommunalen Familie (Kreise und Kommunen) sind geradezu explodiert.

Hier sind vor allem die Kosten für die Grundsicherung im Alter, die Unterkunftskosten für sogenannte Hartz IV-Empfänger, die Kosten der wirtschaftlichen Jugendhilfe, die permanent

steigenden Kosten zu den Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung und die der Kinderbetreuung zu nennen.

Auch gegen diese enormen Kostensteigerungen, in den letzten Jahren jeweils in Millionenhöhe für die Stadt Rheine, kann keine Gemeinde verkraften.

Deshalb haben wir uns auch ganz klar in einer Resolution an den Bund gewandt, hier mit einer verbesserten Finanzausstattung den Kommunen zu helfen. Mit der stufenweisen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter hat es hier ein erstes positives Signal gegeben.

Weitere Beschlüsse und Schritte auf übergeordneter Ebene müssen aber noch folgen. Die CDU-Fraktion hat dieses in einem persönlichen Brief an die Bundeskanzlerin deutlich gemacht. Möglicherweise hat uns dabei geholfen, dass wir Bundesumweltminister Norbert Röttgen anlässlich seines Besuches in Rheine diesen Brief mitgeben durften, um ihn persönlich Frau Merkel zu überreichen.

Aber es gibt nicht nur die „Verantwortlichkeit“ für die Finanzen bei denen da „Oben“. Auch wir vor Ort in den Kommunen müssen unseren Teil der Verantwortung tragen. Selbstkritisch möchte ich anmerken, dass wohl nicht immer über die Notwendigkeit und den Sinn einzelner Projekte und Maßnahmen genügend nachgedacht wurde. Ich bin sicher, der Bürger erwartet sehr wohl, dass nur dann Geld ausgegeben werden darf, wenn die Bedarfe nachhaltig geprüft worden sind.

Deshalb war es richtig und sinnvoll, auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine bei der Suche nach weiteren Einsparungspotentialen mitzunehmen. Eine solche „Bürgerbeteiligung“ kostet natürlich Zeit und Geld. Dennoch war die CDU/FDP-Initiative, die zunächst von Rot-Grün in Rheine kritisiert wurde, ein wichtiger und richtiger Weg. Die Beteiligung an der Veranstaltung und die Vorschläge haben deutlich gemacht, wie wichtig es Bürgerinnen und Bürgern ist, dass die städtischen Finanzen in Ordnung kommen. Viele Anregungen und Gedanken sind allerdings für den Haushalt 2011 nicht mehr umsetzbar. Wichtig ist jedoch, dass die Beschlüsse nachhaltig und ausgewogen diskutiert und so weit möglich, auch umgesetzt werden.

Wir werden daher alle städtischen Leistungen nochmals auf den Prüfstand stellen. Dazu sind vorbereitende Beschlüsse in der Finanz- und Strategie-Kommission, im HFA und im Rat getroffen worden.

Darüber hinaus sind von der Verwaltung der Politik kurzfristig zur letzten HFA-Sitzung Listen mit Konsolidierungsvorschlägen unterbreitet worden und auch in dieser Sitzung unter TOP 9 beraten und auf den weiteren Beratungsweg gebracht worden. Die CDU-Fraktion ist mit der beschlossenen Verfahrensweise einverstanden und sichert eine offene und sachorientierte Diskussion und den Willen zur Umsetzung zu.

Aus der Liste der vielen Vorschläge möchte ich hier 3 Beispiele konkret ansprechen:

1. Absenkung von Standards und Produktinhalten

Wir müssen sowohl über Standards bei Investitionen als auch bei Produktinhalten allgemein in unserer Stadt sprechen. Da geht es beispielsweise um folgende Fragenstellungen:

Welche baulichen Rahmenbedingungen sollen für Hoch- und Straßenbauten gelten?

Wie kann die Effizienz einzelner Projekte und Maßnahmen verbessert werden?

Wo können wir bei gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen etwaige Gestaltungsspielräume nutzen, um weniger Kosten aufzuwenden und ggfs. weniger Personal einsetzen zu können?

Welche Projekte, welche Maßnahmen und Beratungsstellen wollen wir im Kultur-, Jugend-, Sport-, Sozial- und Schulbereich weiterführen?

Was ist wünschenswert und was ist notwendig?

Was ist auch notwendig an Prävention, um nicht in Zukunft in eine Kosten- und Sanierungsfalle zu laufen?

Einfache Antworten wird es nur selten geben. Es wird häufig ein Abwägungsprozess sein müssen. Wir werden in diesem Zusammenhang auch die Anregungen der Gemeindeprüfungsanstalt beraten und zu bewerten haben, um daraus die notwendigen Schritte einzuleiten.

Ebenso wird über das Auftragspaket der Stadt an die Technischen Betriebe zu reden sein.

2. Zuschüsse bzw. Aufwendungen für sogenannte freie Träger

In der Stadt Rheine haben wir eine Vielzahl von Projekten und Trägermaßnahmen, die nur mit dem Engagement und dem ehren- bzw. nebenamtlichen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern machbar und möglich sind. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger gesellschaftlicher Stützpfeiler in dieser Stadt. Wenn es dieses Engagement in den Bereichen Schule, Sport, Jugendarbeit, Kinderbetreuung oder Kultur und Sozialarbeit nicht gäbe, dann müsste die Stadt mit hauptamtlichen Kräften an vielen Stellen diese Lücke schließen und das mit einem sehr viel größeren finanziellen Aufwand.

Deshalb ist es beispielsweise richtig, die ausschließlich freien und kirchlichen Träger der Kindertagesstätten bei ihrem Trägeranteil finanziell zu unterstützen. Würden wir hier einem Antrag der Grünen folgen und die Träger stärker belasten, dann würde schnell die eine oder andere Kindertageseinrichtung in eine städtische Trägerschaft gegeben werden.

Deshalb gilt es, in den vor uns stehenden Beratungen insbesondere auch die Auswirkungen bestimmter Beschlüsse zu bedenken, die die sogenannten freien Träger betreffen. Häufig ist ihr Einsatz auch auf gesetzlich zwingende Tätigkeiten konzentriert. Freie Träger und Kirchen leisten eine enorm wichtige und wertvolle Arbeit. Sie haben ihrerseits eine hohe Verantwortung für ihre Personalverträge aber auch weitere Kosten, für die sie seit vielen Jahren keine Anpassung bzw. Erhöhung ihrer Zuschüsse erhalten, wie aus der Vergangenheit nachzuweisen ist. Sie müssen Jahr für Jahr Mehrkosten selbst auffangen.

Deshalb sage ich für die CDU-Fraktion sehr deutlich: Wir werden offen aber auch kritisch den Vorschlag prüfen, die Zuschüsse an freie Träger um 10% zu senken. In diesem Punkt werden wir sicher differenzieren müssen, um der jeweilige Situation der Betroffenen gerecht zu werden. Da gilt es dann sehr genau hinzuschauen.

3. Stellenabbau

Die Personalkosten innerhalb der Stadt finden bekanntermaßen seit Jahren unsere besondere Beachtung. Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, mich für die engagierte Mitarbeit der städtischen Bediensteten zu bedanken, die mit Engagement und Herzblut ihre Aufgaben verrichten.

Und dennoch muss das Personalbudget mit derzeit 26,7 Mio. EURO der zweitgrößte Haushaltsposten, in die Konsolidierungsüberlegungen mit einbezogen werden. Auch hier müssen wir uns von der Maxime leiten lassen, die da lautet:

Wir können uns nur das leisten, was wir auch nachhaltig und dauerhaft finanzieren können.

Mit der städtischen Regelung zur Altersteilzeit haben wir flexible Rahmenbedingungen geschaffen, um den gesundheitlichen Bedürfnissen der Bediensteten Rechnung zu tragen, aber

auch, um Rahmenbedingungen für eine Neuordnung der Verwaltung zu schaffen. Deshalb ist es unser erklärtes Ziel, die Personalveränderungen aus der Altersteilzeit für einen Personalabbau zu nutzen. Bislang hatten wir uns auf eine Stellenreduzierung von 17,5 Stellen geeinigt.

In der 5-Jahresplanung liegen wir derzeit aber mit 2 Stellenbesetzungen unter dem Einsparungslimit. Für 2011 sollen drei Stelleneinsparungen hinzu kommen.

Wir haben deshalb als CDU/FDP Fraktionen beschlossen, die kw-Vermerke für die freiwerdenden Stellen der Altersteilzeit weiter im Stellenplan zu belassen.

Überall da, wo es notwendig ist, werden wir Stellen zur Wiederbesetzung frei geben. Dies muss aber durch die Verwaltung jeweils begründet und nachgewiesen werden.

Im Zusammenhang mit der Wiederbesetzung der Beigeordnetenstelle für Jugend, Soziales, Sport, Kultur und Schule, hat es unterschiedliche Sichtweisen zwischen der Ratsmehrheit und der Bürgermeisterin mit Rot-Grün gegeben. Die Bürgermeisterin war der Auffassung, dass diese Stelle im Verwaltungsvorstand einzusparen sei. Wir haben wegen der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Dezernates und dessen Personalschlüssel vor Jahresfrist anders entschieden.

Der neue Beigeordnete, Herr Linke, ist nun seit Jahresbeginn im Amt. Wir konnten uns überzeugen, dass sich Herr Linke in seinen großen Aufgabenbereich sehr schnell hervorragend einarbeitet und auch mehr als voll ausgelastet ist.

Wir fragen uns daher allen Ernstes, wie man nach verantwortungsbewussten Gesichtspunkten die Einsparung dieser Dezernentenstelle überhaupt vorschlagen konnte und seitens Rot-Grün diesem Vorschlag dann auch folgen wollte.

Den Vorwurf von Michael Reiske, wir hätten mit unserem Beschluss zur Wiederbesetzung der Dezernentenstelle, Mehrbelastungen von ca. 1 Mio. EURO ausgelöst, kann ich nur in die Kategorie Populismus einordnen.

Denn der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Ratsvorlage Nr. 349/10/1 vom 22. 06. 2010, dem CDU und FDP nicht gefolgt sind, lautete damals, ich zitiere:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, auf die Besetzung der nach dem Ausscheiden von Frau Ute Ehrenberg

am 01. 01. 2011 frei werdenden Beigeordnetenstelle bis zum Ausscheiden des Kämmerers, Herrn Werner Lütke-meier, am 15. 01. 2013 zu verzichten.

Zitatende

Dem Inhalt des Beschlusses lag also der Verzicht auf eine Beigeordnetenstelle für lediglich 2 Jahre und nicht dauerhaft zugrunde. Warum nur für diesen Zeitraum, darüber will ich nicht spekulieren.

Wenn man dann aber die Summe von 1 Mio. EURO Personalkosten für 2 Jahre nennt, kann das auf Diskalkulie, also Rechenschwäche, zurückzuführen sein oder man verbreitet bewusst falsche Tatsachen, immer unterstellt man hat den Beschlussvorschlag richtig gelesen.

Bei der Diskussion um Kostenreduzierungen möchte ich die Zusammenarbeit mit dem Kreis ansprechen. Bei den Berufskollegs entwickelt sich diese positiv. Wir müssen zu einem guten Miteinander von Stadt und Kreis kommen.

Konkret wollen wir, dass sich Stadt und Kreis im Bereich Rettungswesen respektive Feuerwehr einigen, um durch neue Vertragsgestaltungen Kostenminderungen für die Stadt zu erzielen.

Der zur Entscheidung anstehende Haushaltsplan für das Jahr 2011 beinhaltet auch die Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer. Dies ist natürlich schwer zu begründen, wenn man sich allein auf deutlich höhere Einnahmen im Etat 2011, vor allem bei der Gewerbesteuer fokussiert.

Wir können auch in Rheine erfreulicherweise feststellen, dass Wirtschaft, Handel, Handwerk und Dienstleistung die Folgen der internationalen Finanzkrise gut überwunden haben. Zwar liegen häufig die Umsatz- und Gewinnprognosen noch unterhalb der Ansätze für 2009, so sind jedoch die Zuwächse für 2010 und 2011 und auch der Folgejahre deutlich positiv.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Unternehmern und Arbeitnehmern in Rheine für die solidarische Zusammenarbeit bedanken. Beide Bereiche, Kapital und Arbeit sind gemeinsam der Krise entgegen getreten und auch verantwortlich mit den jeweiligen Problemstellungen umgegangen.

Erstaunlich „robust“ ist der regionale Arbeitsmarkt auch mit der Beschäftigungskrise bei der Fa. Karmann fertig geworden. Auch wenn hier einzelne Schicksale noch zu bewältigen sind, hat sich doch der Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von aktuell 4,9% als stabil und belastbar erwiesen.

Hierbei ist zu beachten, dass sich innerhalb der Quote eine negative Verschiebung in den SGB II-Bereich erkennen lässt. Uns ist dabei ein Dorn im Auge, dass 50% der KdU-Kosten bei den SGB II-Leistungsempfängern nicht über die Kreisumlage finanziert, sondern direkt der Stadt Rheine zugerechnet werden. Hierdurch wird die Stadt mit ca. 1 Mio. EURO jährlich belastet. Das empfinden wir als ungerecht. Leider scheitert es aber an der Solidarität einiger Städte und Gemeinden unseres Kreises.

Die kommunalen Steuerquellen sprudeln zwar wieder leicht, haben aber noch lange nicht, wie eben schon angemerkt, das Niveau der Zeit vor 2009 erreicht.

Somit sind für die CDU-Fraktion nach langen und intensiven Diskussionen und Abwägungen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhungen unumgänglich.

Der Haushalt 2011 ist sehr eng, wie man so sagt, „auf Kante“ genäht. Er beinhaltet daher auch immer noch beträchtliche Risiken. Denn wir liegen mit dem ausgewiesenen Haushaltsdefizit gefährlich nahe an der Grenze zur Haushaltssicherung. Ohne die veranschlagten Steuererhöhungen wäre die Grenze deutlich überschritten und eine Haushaltssicherung unvermeidbar.

Und genau das darf einfach nicht passieren. Denn die Anordnung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nimmt uns wesentliche Gestaltungs- und Handlungsspielräume in der Kommunalpolitik. Es würden dann von der zuständigen Aufsichtsbehörde ohnehin Steuererhöhungen vorgeschrieben, möglicherweise sogar noch höher, als wir sie heute nach reiflicher Abwägung im vorherigen TOP beschlossen haben

Auch unter Berücksichtigung der für 2011 geplanten Steuererhöhungen sieht die Finanzplanung für 2012 mit 22,7 Mio. Euro ein Defizit vor, welches die Grenze der Haushaltssicherung weit überschreiten wird. Nur eine außergewöhnlich gute Konjunktur kann hier noch helfen. Für die Jahre 2013/2014 werden wir unausweichlich weitere kritische Entscheidungen treffen müssen. Ein Blick auf die Listen der in der Diskussion stehenden Konsolidierungsvorschläge macht das überaus deutlich. Darüber hinaus wird auch eine erneute Steuererhöhung wohl nicht auszuschließen sein, wage ich mal zu prognostizieren. Das Großprojekt „Soziale Stadt“ im Stadtteil Dorenkamp ist bislang nicht Bestandteil des Haushaltsplanes 2011 und der Finanzplanung 2012-2014. Es bleibt zunächst abzuwarten, ob aufgrund der noch unsicheren Planungen des Landes NRW überhaupt Fördergelder fließen

werden. Aber auch nach einem positiven Bescheid aus Düsseldorf müssen wir uns in Rheine ernsthaft fragen, ob bei der kritischen Finanzlage unserer Stadt ein solches neues, jedoch unstrittig sinnvolles und zukunftsweisendes Modellprojekt verantwortet werden kann, da es jährlich mit erheblichen Eigenmitteln zu finanzieren ist.

Der nun vorliegende Haushalt entspricht in hohem Maße dem eingebrachten Entwurf der Verwaltung. Ich habe deshalb auch ganz bewusst darauf verzichtet, hier nochmals einzelne Projekte und Maßnahmen zu benennen.

Ich darf feststellen, wir haben hier zwischen Verwaltung und Politik insgesamt einen großen Konsens.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Verwaltungsvorstand, der Bürgermeisterin, aber auch den anderen Fraktionen im Rat möchten wir uns für die gute und weitgehende konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan in der vorliegenden Form zustimmen.

Meine Damen, meine Herren, lassen sie mich zum Schluss zu meinem Bild, das ich zu Anfang gewählt habe, zurückkehren.

Sorgen wir gemeinsam, Rat und Verwaltung, dafür, dass wir auch weiterhin ernsthaft alle erdenklichen Anstrengungen und Möglichkeiten unternehmen, um unser Schiff Stadt Rheine vom bedrohlichen Schlingerkurs auf den geraden Kurs der Konsolidierung steuern und dann auch auf Kurs halten.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld beim Zuhören.